



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 29.11.2024  
C(2024) 8337 final

**DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION**

**vom 29.11.2024**

**zur Finanzierung des Mehrjahresaktionsplans für Wallis und Futuna für die Jahre 2024  
und 2025**

# DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 29.11.2024

## zur Finanzierung des Mehrjahresaktionsplans für Wallis und Futuna für die Jahre 2024 und 2025

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf den Beschluss (EU) 2021/1764 des Rates vom 5. Oktober 2021 über die Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Union einschließlich der Beziehungen zwischen der Europäischen Union einerseits und Grönland und dem Königreich Dänemark andererseits<sup>2</sup>, insbesondere auf Artikel 82,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Damit die Durchführung des Mehrjahresaktionsplans für Wallis und Futuna für die Jahre 2024 und 2025 gewährleistet werden kann, ist die Annahme eines mehrjährigen Finanzierungsbeschlusses erforderlich, der im Einklang mit Artikel 110 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 (im Folgenden „Haushaltsordnung“) das mehrjährige Arbeitsprogramm für die Jahre 2024 und 2025 darstellt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erlassenen restriktiven Maßnahmen festgelegt sind<sup>3</sup>.
- (3) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Haushaltsordnung vorzusehen.
- (4) Im Interesse einer flexiblen Durchführung des Aktionsplans sollten die Änderungen festgelegt werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung nicht als substantiell anzusehen sind.
- (5) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme sollte im Einklang mit der Mitteilung der Kommission „Der europäische Grüne Deal“ und der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 16. Dezember 2020 über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung sowie über neue Eigenmittel, einschließlich eines Fahrplans im

---

<sup>1</sup> ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj>.

<sup>2</sup> ABl. L 355 vom 7.10.2021, S. 6.

<sup>3</sup> Siehe [www.sanctionsmap.eu](http://www.sanctionsmap.eu). Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

Hinblick auf die Einführung neuer Eigenmittel<sup>4</sup> zur durchgängigen Berücksichtigung des Klimaschutzes und der biologischen Vielfalt beitragen.

- (6) Die Kommission hat das nationale Mehrjahresrichtprogramm für Wallis und Futuna für den Zeitraum 2021-2027<sup>5</sup> genehmigt, in dem die folgenden Prioritäten genannt werden: nachhaltige sozioökonomische Entwicklung mit Schwerpunkt auf nachhaltigem Tourismus.
- (7) Der Mehrjahresaktionsplan, der im Rahmen des Beschlusses (EU) 2021/1764 finanziert werden soll, zielt darauf ab, die nachhaltige und inklusive sozioökonomische Entwicklung von Wallis und Futuna durch die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus zu fördern.
- (8) Die Maßnahme „Europäisches Förderprogramm für die nachhaltige und gezielte Entwicklung der Tourismusbranche von Wallis und Futuna“ zielt auf Folgendes ab: Fortsetzung der Erschließung von Wallis und Futuna und Förderung als Reiseziel, Investitionen in die Aus- und Weiterbildung und Entwicklung von Kompetenzen zum Aufbau lokaler Kapazitäten, Entwicklung eines nachhaltigen Dienstleistungsangebots auf der Grundlage der Kreislaufwirtschaft und Förderung des Natur- und Kulturerbes zur Ankurbelung der lokalen Wirtschaft, einschließlich des nachhaltigen Tourismus.
- (9) Nach Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe c der Haushaltsordnung, der nach Artikel 81 des Beschlusses (EU) 2021/1764 Anwendung findet, wird die Maßnahme im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchgeführt.
- (10) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, hat die Kommission sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 157 Absatz 3 der Haushaltsordnung vorgesehenen Maße geschützt werden. Zu diesem Zweck sind die Systeme und Verfahren dieser Personen und Stellen – bevor eine Beitragsvereinbarung unterzeichnet werden kann – nach Artikel 157 Absatz 4 der Haushaltsordnung zu bewerten<sup>6</sup> und erforderlichenfalls nach Artikel 157 Absatz 5 der Haushaltsordnung geeigneten Aufsichtsmaßnahmen zu unterziehen.
- (11) Der im vorliegenden Beschluss vorgesehene Aktionsplan entspricht der Stellungnahme des Ausschusses nach Artikel 90 des Beschlusses (EU) 2021/1764 —

BESCHLIEßT:

### *Artikel 1*

#### **Der Aktionsplan**

Der mehrjährige Finanzierungsbeschluss, der den im Anhang beschriebenen Mehrjahresaktionsplan für die Durchführung des Mehrjahresaktionsplans für Wallis und Futuna für die Jahre 2024 und 2025 darstellt, wird angenommen.

---

<sup>4</sup> Interinstitutionelle Vereinbarung vom 16. Dezember 2020 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung sowie über neue Eigenmittel, einschließlich eines Fahrplans im Hinblick auf die Einführung neuer Eigenmittel (ABl. L 433I vom 22.12.2020, S. 28, ELI: [http://data.europa.eu/eli/agree\\_interinst/2020/1222/oj](http://data.europa.eu/eli/agree_interinst/2020/1222/oj)).

<sup>5</sup> Durchführungsbeschluss der Kommission zur Annahme von neun Mehrjahresrichtprogrammen für überseeische Länder und Gebiete für den Zeitraum 2021-2027 (C(2021) 9164 final vom 15.12.2021).

<sup>6</sup> Außer in Fällen gemäß Artikel 157 Absatz 7 der Haushaltsordnung, wonach die Kommission beschließen kann, keine Ex-ante-Bewertung zu verlangen.

Der Aktionsplan umfasst die Maßnahme „Europäisches Förderprogramm für die nachhaltige und gezielte Entwicklung der Tourismusbranche von Wallis und Futuna“ im Anhang.

## *Artikel 2* **Beitrag der Union**

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung des Programms für die Jahre 2024 (17 400 000 EUR) und 2025 (3 000 000 EUR) beläuft sich auf 20 400 000 EUR und wird aus Mitteln finanziert, die unter der Haushaltslinie 14 05 02 00 01 des Gesamthaushaltsplans der Union eingestellt wurden.

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Dieser Beschluss kann nur umgesetzt werden, wenn die im Gesamthaushaltsplan der Union für 2025 vorgesehenen Mittel nach Erlass dieses Haushaltsplans durch die Haushaltsbehörde verfügbar sind.

## *Artikel 3* **Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Stellen oder Personen**

Mit der Umsetzung der im Anhang dargelegten Maßnahmen, bei denen die indirekte Mittelverwaltung zur Anwendung kommt, können Stellen oder Personen betraut werden, die im Anhang unter Nummer 4.4.2 genannt sind oder gemäß den dort festgelegten Kriterien ausgewählt wurden.

## *Artikel 4* **Flexibilitätsklausel**

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 Mio. EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 festgelegten Höchstbeitrags der Union für jedes einzelne Haushaltsjahr nicht übersteigen, oder Änderungen der Mittelzuweisungen für einzelne Maßnahmen, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten als nicht substanziell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

Brüssel, den 29.11.2024

*Für die Kommission*  
*Jutta URPILAINEN*  
*Mitglied der Kommission*